



Afrika

Nicht nur um die Besten ringen

Sicherheitszone

Die Waffenruhe wirke in Nordsyrien laut Präsident Trump vor dem Empfang seines Kollegen Erdoğan im Weißen Haus am 13. November. Auch Kurden wären zufrieden. Drei Themen ragten heraus. Zur Lage in Nordsyrien betonten beide vor Medien, die Waffenruhe halte, doch sei wäre schwierig seit die Türkei am 9. Oktober einfiel. Erdoğan bestätigte auch beider Abkommen vom 17. Oktober. Türken als auch Kurden berichten von Übergriffen. Kurdenführer Mazlum Abdi verwies dazu auf den Ort Tall Tamr.



Präsident Erdoğan erläuterte, dass er seit dem G20-**Antalya**-Gipfel 2015 die Sicherheitszone Nordsyriens anstrebte, 444 Km lang (seine Syrien-Grenze sei 911 Km lang) und 32 Km weit. Er habe 365.000 Syrer in Jarabuls repatriiert. In bis zu zwei Jahren könne eine weitere Mio. folgen, was für noch eine Mio. in ar-Raqqa und Dair az-Zur gelte. Der **3-Punkte**-Ansatz aus Trumps **Direktive** würde helfen, wobei syrische Kurden und **Damaskus** mitreden könnten. Trump betont die Liaison mit Kurden, die Ölfelder nutzen, die das Militär sichert.

Erdoğan's Senatoren

Trump bat **Senatoren** zum Treffen mit Erdoğan hinzu, zumal sich dieser gegen die **Haus**-Resolution zu Armeniern wandte. Lindsey Graham wünschte bessere Beziehungen mit der Türkei wie auch Jim Risch. Rick Scott meinte, Ankara drifte mit der S-400 Raketenabwehr auf Russland zu. Joni Ernst sagte, Amerikaner seien Kurden und Türken verbunden. Das S-400 System sei inkompatibel mit dem F-35 Jet, äußerte Ted Cruz, Ankara sollte die Raketen nicht aufstellen. Kurden kämpften mit Amerika. Er wolle keine Offensive gegen sie sehen. Wenn S-400 und Kurden lösbar wären, folge Handel und strategische Kooperation.

Erdoğan betonte, zwischen Kurden und Terroristen zu trennen. In der Türkei lebe der größte Kurdenteil, seine Partei habe 50 Kurden im Parlament. Zudem habe er für 4 Mio. Flüchtlinge \$40 Md. bezahlt, aus Europa nur €3 Md. erhalten. Trump hoffte, zu S-400 und F-35 einen Weg zu finden. Bilateralen Handel will er auf \$100 Md. vervierfachen. Nach 50 stabilen Jahren mit Ankara bis 2002, bahnten Trump und Erdoğan neue Aussichten an?

Macron ratlos, Merkel konträr

Das mag die Nato auf dem Londoner Gipfel „70 Jahre“ Allianz prüfen. Erdoğan wies Präsident Macrons Kritik vom 7. November zu Nordsyrien ab. Der Franzose wöhnt den Alten Kontinent am Abgrund. Die Nato leide am **Hirntod**. Europa brauche eigene Militärmacht, möge nicht nur als Markt, sondern Politblock mit eigener Technologie-, Daten- und Klimapolitik agieren. Laut Macron teile Trump nicht das Projekt Europa (fraglich, denn er weist Trittbrettfahrer ab, entfesselt die Wirtschaft und Nato). Selbst wenn er nicht wiedergewählt werde, gebe es starke historische Kräfte, die alte Alliierten zerreißen. Emmanuel Macron verkennt die EU samt ihrer Bürokratie und die verlorene „europäische Souveränität“. Wird Frankreich durch Migration ohne Assimilation von innen kolonisiert? **Gelbwesten** zeigen weiter, wie Reformen und Aufschwung fehlen, die Paris global attraktiver machen können.

Merkel erklärte zu Macron, er habe drastisch geredet. So sehe sie nicht die Nato-Kooperation. Ein solcher Rundumschlag sei nicht nötig, auch wenn man sich zusammenraufen müsse. Aus deutscher Sicht sei die Nato das Sicherheitsbündnis. Zwar müsse Europa sein Schicksal weit mehr gestalten, aber die transatlantische Partnerschaft sei unabdingbar. Jeder Versuch, Europa von Amerika zu entfernen, berge das Risiko, dass nicht nur die Allianz, dieses transatlantische Band zu gefährden, sondern ebenso die EU. Berlin werde 2024 1,5% Nato-Anteil erzielen, 2% realistisch 2031. Die Nato bleibe Eckpfeiler der Sicherheit.

Patronin auf Augenhöhe

Als Kanzlerin hat Angela Merkel ihre Mittelost-Politik erst verzögert, dann mit Fehlern gespickt. Ihr Außenminister übernahm Libyen zu befrieden, wird daran gemessen als Teil der Afrikalinie ab 2017. Immerhin hat sie ein Dutzend Staaten in ihrem „G20-Pakt mit Afrika“ vereint (Bild). Am 19. November traf sie in Berlin Regierungschefs. Transparenz und Privatinvestitionen stehen im Fokus. Aber auch weitreichende Sorgen.



Merkel sieht sich als Patronin des Afrika-Pakts, der im G20-Format auf breiten Schultern ruht für die Agenda 2063 der Afrikanischen Union, die 2063 „100 Jahre nach Ende der Kolonialzeit“ betonte. Das Kaiserreich hatte in Afrika sechs Kolonien, seit 1919 keine mehr. Davon birgt der Afrika-Pakt Länder West- und Ostafrikas und durch Berlin 1940-1943 berührte Räume Westarabiens, Marokko und Tunesien; sowie Ägypten (Libyen wird folgen).

Netzwerke

Der Afrika-Pakt hat viele Bausteine. Für Europa sind alle 54 Staaten wichtig. Ab 1. März 2020 regelt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erstmals den Zustrom nach Deutschland (das Gesetz, das viel früher nötig war, wirkt also erst fünf Jahre nach 2015). Wendet Berlin ein System nach Punkten an wie Australien, das Hochqualifizierte vorzieht? Nach Merkels Willkommen 2015 aus Mittelost folgten wenig Integration und Riesenkosten, fährt sie jetzt so mit Afrika fort, um die Bevölkerung um 80 Mio. zu halten? Minister Seehofer sucht den Neuanfang im Migrationskurs in Europa, gesteht dessen Scheitern ein, nur wie lange noch?

Fragwürdig ist zur Klimafrage Merkels Schuldzuweisung vom 16. November: "Wir als Industrieländer sind hier auch die Verursacher" – ebenso für Afrika. Aber China und Indien sind Haupterzeuger von CO₂ und Problemen. Merkel mag sich mit Schuldzuweisungen zurückhalten, um „Wiedergutmacher“ in ihre außenpolitische Bahn zu verbringen. Hans-Georg Maaßen, bis Ende 2018 Präsident des Verfassungsschutzes, listete unter zehn Kritikpunkten auch Meinungsmanipulation auf. Doch Wendehälse nur auf den Osten oder solche zu limitieren, die wieder Sozialismus favorisieren, ist allzu eng. „Anpassung“ bewegte die deutsche Bruchgeschichte lange – nach 1950 kamen sehr viele „Bonner Wendehälse“ auf.

Revolten

Offenbar rollt eine nächste Welle an Revolten über Libanon, Irak und Iran. In Teheran war der Auslöser höhere Benzinpreise; Mangelregierungen in Bagdad und Bairut. Die Drei eint ihr Widerstand gegen Irans Islamisten, was ebenso Damaskus betrifft, wo Israels Luftwaffe am 20. November iranisches Militär angriff. Außenminister Pompeo zeigte eine Wende an: Amerika äußert sich nicht mehr zum legalen Status von Siedlungen im Westufer und in Jerusalem, nun eine Sache der dort Betroffenen.

Wolfgang G. Schwanitz